



ZEICHENERKLÄRUNG	
Planungsrechtliche Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 BauGB und BauNVO	
Art der baulichen Nutzung § 9 (1) 1 BauGB	
Allgemeines Wohngebiet (WA) § 4 BauNVO	
Mischgebiet (MI) § 6 BauNVO	
z.B. III höchstmögliche Anzahl der Vollgeschosse § 20 BauNVO	
z.B. II Anzahl der Vollgeschosse - zwingend § 20 BauNVO	
Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche sowie die Stellung der baulichen Anlagen § 9 (1) 2 BauGB	
Baugrenzen	
Baulinien	
überbaubare Grundstücksfläche	
nicht überbaubare Grundstücksfläche	

offene Bauweise	geschlossene Bauweise
abwechselnde Bauweise - einseitige Grenzbebauung	
Hauptfahrsrichtung / Nebenfahrsrichtung	
Flächen für Stellplätze und Garagen § 9 (1) 4 BauGB	
Fläche für Stellplätze und Zufahrten	
Fläche für Garagen, Stellplätze und Zufahrten	
Fläche für Tiefgaragen	
Flächen für den Gemeinbedarf § 9 (1) 5 BauGB	
Gemeinbedarfssfläche	
hier: Kirche	

Verkehrsfahrbahn und Verkehrsfahrbahn besonderer Zweckbestimmung § 9 (1) 11 BauGB	
Verkehrsfahrbahn mit Straßenbegrenzungslinie	
Verkehrsfahrbahn besonderer Zweckbestimmung	
hier: öffentliche Parkfläche	
hier: verkehrsberuhigter Bereich	
hier: Fußweg	
Hauptwasserleitungen § 9 (1) 13 BauGB	
Hauptwasserleitung - unterirdisch	
öffentliche Grünflächen § 9 (1) 15 BauGB	
öffentliche Grünfläche	
Flächen für die Wasserwirtschaft - Grundwassermessstelle	
Fläche für die Wasserwirtschaft - Grundwassermessstelle	

Gehrecht § 9 (1) 21 BauGB	
Geh- und Leitungsrecht zugunsten der Anwohner	
Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 (1) 25a BauGB	
anpflanzende Hecken	
Flächen zum Anpflanzen von sonstiger Bepflanzung	
Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 (1) 25b BauGB	
zu erhaltender Baum	
Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	
Sonstige Pflanzzeichen	
Grenz des räumlichen Pflanzungsbereiches § 9 (7) BauGB	
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen oder des Maßes der Nutzung	
Kennziffern der Baugruben	
Vom Satzungsbeschluss ausgenommene Fläche	

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

RECHTSGRUNDLAGEN in der jeweils gültigen Fassung zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses:

- Baugesetzbuch (BauGB)
- Baumtätigkeitsverordnung (BaumtV)
- Planzeichenverordnung (PlanV)
- Hessische Bauordnung (HBO)
- Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches
- Hessische Gemeindeordnung (HGO)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
- Hessisches Naturschutzgesetz (HNatSchG)
- Hessisches Wasserschutzgesetz (HWSchG)
- Hessisches Denkmalschutzgesetz (DSchG)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

A PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

- Art der baulichen Nutzung § 9 (1) 1 BauGB
WA - Allgemeines Wohngebiet § 4 BauNVO
Zulässig sind:
 - Wohngebäude
 - der Versorgung des Gebietes dienende Läden
 - nicht störende HandwerksbetriebeFolgende Nutzungen sind ausschließlich im EG zulässig:
 - der Versorgung des Gebietes dienende Läden
 - nicht störende HandwerksbetriebeDie gemäß § 4 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
MI - Mischgebiet § 6 BauNVO
Zulässig sind die gem. § 6 (2) BauNVO zulässigen Nutzungen mit Ausnahme von sonstigen Gewerbebetrieben, Vergnügungsbetrieben, Gartenbaubetrieben und Tierheimen. Alle zulässigen Nutzungen, außer Wohnen, sind ausschließlich im EG zulässig. Die gemäß § 6 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
Fläche für den Gemeinbedarf:
 - Kirche
 - kirchlichen, kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude
- Maß der baulichen Nutzung § 9 (1) 1 BauGB
- Zulässige Grundfläche § 9 (1) 2 BauGB, § 19 BauNVO
WA
Kennziffer 9: Die zulässige Grundflächenzahl - GRZ beträgt 0,45.
Kennziffer 11: Die zulässige Grundflächenzahl - GRZ beträgt 0,3.
Kennziffer 5 und 10:
Auf der Festsetzung der GRZ wird verzichtet. Die zulässige Grundfläche sowie die zulässige Grundfläche für Stellplätze, Garagen und Tiefgaragen ist über die in den zeichnerischen Festsetzungen dargestellte überbaubare Fläche bzw. Fläche für Stellplätze, Garagen und Tiefgaragen definiert.
MI
Auf der Festsetzung einer GRZ wird verzichtet. Die zulässige Grundfläche sowie die zulässige Grundfläche für Stellplätze, Garagen und Tiefgaragen ist über die in den zeichnerischen Festsetzungen dargestellte überbaubare Fläche bzw. Fläche für Stellplätze, Garagen und Tiefgaragen definiert.
- Baugrenzen, überbaubare Grundstücksflächen § 9 (1) 2 BauGB i.V.m. § 23 (2) (3) BauNVO
Ein Überschreiten der Baugrenzen kann für untergeordnete Bauteile wie Vordächer, Treppenanlagen und Rampen bis zu einer Tiefe von maximal 2,0 m zugelassen werden. Der erforderliche Lichtraum zu öffentlichen Verkehrsanlagen ist zu beachten (§ 23 (2) BauNVO).
- Höhe der baulichen Anlagen § 9 (1) 1 BauGB, § 18 BauNVO
- Geschossigkeit
Die zulässigen Vollgeschosse sind durch Planschriebe festgesetzt.
- Traufhöhe
Die maximal zulässige Traufhöhe wird gemessen zwischen der Oberkante der vorgelagerten öffentlichen Verkehrsfläche bzw. der Erschließungsfläche in der Mitte des Grundstücks und dem Schnittpunkt des verlängerten traufseitigen Außenaußenwerkes mit der Oberkante des Dachstuhls.
Wird ein Stallgeschoss ausgebildet, ist die Oberkante des Fußbodens des Dachgeschosses für die Berechnung der zulässigen Traufhöhe heranzuziehen.
WA
Einzelhäuser: maximale Traufhöhe 6,0 m
Reihenhäuser, Doppelhäuser: Gebäude mit Grenzbebauung: zwingende Traufhöhe 6,0 m
Zulässig ist eine Traufhöhe von bis zu 6,0 m, wenn alle Reihenhäuser / Doppelhäuser halten bzw. Gebäude mit Grenzbebauung über eine einheitliche Traufhöhe verfügen und dies durch Baualt abgesehen ist.
MI
Die maximale Traufhöhe beträgt 6,5 m.
- Firsthöhe
WA
Die maximal zulässige Firsthöhe beträgt 10,5 m.
- Bauweise § 9 (1) 2 BauGB, § 22 BauNVO
Die zulässige Bauweise ist durch Planschriebe festgesetzt.
- Höchstzulässige Zahl der Wohnungen § 9 (1) 6 BauGB
WA
Bei Reihen- und Doppelhäusern ist max. 1 Wohneinheit je Hauseinheit zulässig.
5.0 Garagen, Stellplätze, Nebenanlagen § 9 (1) 4 BauGB, i.V.m. § 12, 14 BauNVO
Garagen, Tiefgaragen sowie Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind nur innerhalb der überbaubaren Fläche sowie innerhalb der hierfür ausgewiesenen Flächen (Garagen, Tiefgaragen) zulässig.
Garagenflächen können ausnahmsweise in den rückwärtigen Hausgärten zugelassen werden, wenn sie eine Grundfläche von max. 10 qm und ein Volumen von max. 20 m³ umfassen und nicht überschreiten.
In den Vorgartenbereichen sind Nebenanlagen mit Ausnahme von Multioberflächenstellplätzen nicht zulässig.
Stellplätze sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen sowie innerhalb der für Stellplätze, Garagen und Tiefgaragen ausgewiesenen Flächen zulässig.
- Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes § 9 (1) 24 BauGB
MI
Entlang der Babenhäuser Straße sowie Offenbacher Straße ist die Schallschirmung der Außenbauteile nach DIN 4109 in Abhängigkeit vom maßgeblichen Außenlärmspiegel zu bestimmen. Die Außenbauteile und Schallschirme sind durch entsprechende Grundrissgestaltung zur schallabgewandten Seite auszurichten.
In den rückwärtigen Grundstücksgrenzen des Mischgebietes dürfen die Maximalwerte der DIN 18005 "Schallschutz im Städtebau" für Allgemeine Gebiete und zu ersetzen. Die Standorte der in der Planung festgelegten anzuflanzenden Bäume sind als prinzipielle Standorte zu verstehen. Eine Verschiebung um bis zu 3 m ist zulässig. Die zu erhaltenden Bäume sind mit einer Pflanzscheibe von mind. 10 qm zu versehen.
- Erhaltung und Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzung § 9 (1) 25a BauGB
Erhaltung:
Die in der Planung gekennzeichneten Einzelbäume sind dauerhaft zu erhalten und während der Bauphase wirksam vor Beschädigungen zu schützen.
Auf den in der Planung gekennzeichneten Flächen zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzung (öffentliche Grünflächen) und die Gehölzbestände dauerhaft zu erhalten und vor Beschädigung zu schützen. Abgeworfene Gehölze sind zu ersetzen. Die Standorte der in der Planung festgelegten anzuflanzenden Bäume sind als prinzipielle Standorte zu verstehen. Eine Verschiebung um bis zu 3 m ist zulässig. Die zu erhaltenden Bäume sind mit einer Pflanzscheibe von mind. 10 qm zu versehen.

- Anpflanzen:
WA
Pro Grundstück ist 1 Kleinreifer Baum (Stammumfang mind. 14/16 cm) der Pflanzfläche anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Bestandsbäume können angerechnet werden. Nachbäume sind nicht zulässig.
Kennziffer 1:
Pro angrenzenden 5 Stellplätze ist 1 Laubbäum (Stammumfang mind. 16/18 cm) in einem mind. 10 qm großen, begrünten Baumbeet zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei Ausfall zu ersetzen. Bestandsbäume können angerechnet werden.
Für die in der Planung festgelegten anzuflanzenden Hecken entlang der Grundstücksgrenzen sind Strauchhecken aus heimischen Gehölzen der Pflanzlisten anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten.
MI
Je angrenzende 350 qm Grundstücksfläche ist 1 Laubbäum (Stammumfang mind. 14/16 cm) der Pflanzfläche anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Bestandsbäume können angerechnet werden. Nachbäume sind nicht zulässig.
- BAUORDNUNGSRECHTLICHE VORSCHRIFTEN gem. § 81 (1) und (4) HBO
- Dachgestaltung
WA und MI
Es sind nur helle Fassadenfarben zulässig. Graue Fassadenfarben sind nicht zulässig.
Kennziffern 2, 4 und 5: Die straßenzugewandte Traufseite des Satteldaches ist mit Zwerchgiebel zu strukturieren.
WA
Ausnahmsweise können abwechselnde Dachformen zugelassen werden, wenn in einer Zeile alle Reihenhäuser / Doppelhäuser bzw. Gebäude mit Grenzbebauung über eine einheitliche Dachform verfügen und diese durch Baualt gesichert ist.
- Dachneigung
WA und MI
Zulässig ist eine Dachneigung von 10° bis 40°.
Bei Doppelhäusern, Reihenhäusern und Gebäuden mit Grenzbebauung: zwingend 40°
Zulässig ist eine Dachneigung von weniger als 40°, wenn alle Reihenhäuser / Doppelhäuser bzw. Gebäude mit Grenzbebauung über eine einheitliche Dachneigung verfügen und diese durch Baualt gesichert ist.
- Dachfarbe
WA und MI
Es sind nur die Dachfarben rot und rot-braun zulässig.

- Dachaufbauten
WA und MI
Gäuben sind zulässig. Sie sind als Einzelgäuben auszuführen; Gäuben sind nicht zulässig. Auf einer Dachfläche darf nur eine Gaubenform zur Ausführung kommen. Die maximale Gaubenbreite beträgt 3,0 m. Die Gaubenhöhe ist mindestens 0,5 m von der Außenwand zurückzusetzen. Zwerchgiebel sind zulässig. Ihre maximale Breite beträgt 4,5 m. Der Abstand von Gängen bzw. zwischen Gängen und Zwerchgiebeln muss mindestens 1,0 m betragen. Der Gaubenfrost / Zwerchgiebelfrost muss mindestens 1,0 m unterhalb des Hauptdachs - Firstes liegen.
WA
Die Gesamtlänge der Gänge bzw. der Zwerchhäuser darf 1/2 der Traufhöhe des Gebäudes nicht überschreiten.
MI
Die Gesamtlänge der Gänge bzw. der Zwerchhäuser darf 2/3 der Traufhöhe des Gebäudes nicht überschreiten.
- Fassadengestaltung
Es sind nur helle Fassadenfarben zulässig. Graue Fassadenfarben sind nicht zulässig.
- Einfriedigungen
WA
Straßenseitige Einfriedigungen an Dr. Humann - Weg bzw. Einfriedigungen zu den Wohnwegen sind bis zu einer Höhe von 0,3 m zulässig. Heckenentfriedigungen an der Nordseite des Dr. Humann - Weges sind von dieser Höhenbegrenzung ausgenommen.
Begrünte Flächen für die Ermittlung der Höhe der Einfriedigungen ist die Oberkante der vorgelagerten öffentlichen Verkehrsfläche bzw. der vorgelagerten Erschließungsfläche in der Mitte des Grundstücks.
Schallschutzwände auf der Grundstücksgrenze zwischen den Gebäuden einer Hausgruppe sind bis zu einer Höhe von 2,0 m und einer Länge von 4,0 m zulässig. Sie sind direkt an das Gebäude anzuschließen.
Begrünte Flächen für die Ermittlung der Höhe ist die natürliche Geländeoberfläche.
WA und MI
In der festgesetzten anzuflanzenden Hecken können Maschenrand- oder Stängeltürme integriert werden. Andere Einfriedigungen sind im Bereich der Hecken nicht zulässig.
- Nebenanlagen
Multioberflächenstellplätze sind mit einer begrünten Einfriedigung als Sichtschutz zu versehen. Die Begrünung ist auf Dauer zu erhalten und bei Ausfall zu ersetzen.
- Gestaltung der nicht überbaubaren Grundstücksflächen
WA
In den, den Gebäuden zur öffentlichen Verkehrsfläche bzw. Erschließungsfläche vorgelagerten Bereichen (Vorgartenflächen) sind mind. 3 qm pro Grundstück zusammenhängend grünheitsvoll zu gestalten.
WA und MI
Die nicht überbaubaren Flächen der bebauten Grundstücke sind zu mind. 80% grünheitsvoll anzulegen und zu öffnen. Bei Gebäudefußflächen sind die Bäume und Sträucher der Pflanzlisten zu verwenden.
Stellplätze, Carports, Garagen und sonstige Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO zählen nicht zu den nicht überbaubaren Flächen.
- Gestaltung der Stellplatzflächen, Zufahrten und Zuwegungen
WA und MI
Die Stellplatzflächen, Zufahrten und Zuwegungen sind mit einer wasserdruckfähigen Befestigung zu versehen.
- Werbeanlagen
Die Gestaltung der Werbeanlagen ist mit der Stadt Dietzenbach abzustimmen.
Zulässig sind dreifarbige Werbeanlagen mit der Eigenwerbung am Ort der Leistung. Die Anlagen müssen sich nach Umfang, Anordnung, Werksstoff, Farbe und Gestaltung der Architektur des jeweiligen Gebäudes unterordnen und dürfen wesentliche Bauteile und/oder Gliederungen nicht verdecken oder überschneiden. Überdimensionale vertikale Darstellungen sind unzulässig. Werbeanlagen sind nur bis zur Brüstungsoberkante der Fenster des 1. OG zulässig. Nicht zulässig ist die Errichtung von Werbeanlagen als regellose Anheftung, in greller Farbgebung und/oder mit wechselndem oder bewegtem Licht. Lichtreklamen, die die benachbarte Wohnnutzung beeinträchtigen, sind unzulässig. Das Aufstellen von Werbemaschinen o.ä. ist nicht zulässig. Fernwerbung ist nicht zulässig.
- Pflanzlisten
1. - Bäume
Acer campestre
Acer platanoides globosum
Acer rubrum 'Red Sunset'
Betula pendula
Betula utilis
Carpinus betulus
Malus sylvestris
Zaragoza in 'Luray'
Pyrus pyramidalis
Pyrus calleryana
Prunus domestica 'Woodi'
Prunus domestica
Eberesche
Sorbus aucuparia
Sorbus domestica
Sorbus torminalis
Sorbus aria
Schwedische Mehlbeere
Kugelbirne
Cornus columba
Crataegus laevigata
Hedera helix
Fraxinus ornus 'Louisa Lady'
Obstbäume als Hochstamm in allen, regionalen Sorten
2. - Sträucher
Hortensie
Cornus sanguinea
Cornus mas
Corylus avellana
Helleborus
Rosa canina
Viburnum lantana
Euonymus europaeus
Aucuba japonica
Weißdorn
Crataegus monogyna, C. laevigata
Kreuzdorn
Wein-Rose
Rosa rugosa
Brennerei-Rose
Aster-Rose
Hunds-Rose
Trauben-Holunder
Zusätzlich sind andere heimische Hecken zulässig.

C NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt innerhalb der Zone III A des "Wasserschutzgebietes für die Wasserversorgung Dietzenbach". Die Wasserversorgung Dietzenbach ist ein Wasserschutzgebiet im Sinne des Bundeswasserhaushaltsgesetzes (BWHG) und des Bundeswasserhaushaltsgesetzes (BWHG). Die Wasserversorgung Dietzenbach ist ein Wasserschutzgebiet im Sinne des Bundeswasserhaushaltsgesetzes (BWHG) und des Bundeswasserhaushaltsgesetzes (BWHG).

D HINWEISE UND EMPFEHLUNGEN

- Bodenmerkmal
Es wird darauf hingewiesen, dass bei Erdarbeiten jederzeit Bodenmerkmal wie Mauern, Steinsetzung, Bodenverfärbungen und Fundamente z.B. Scherben, Stahlgitter, Skelettfunde etc. entdeckt werden können. Diese sind nach § 20 HGO unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Archäologische Denkmalpflege oder der unteren Denkmalschutzbehörde zu melden. Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen (§ 20 Abs. 3 HGO). Bei sofortiger Meldung ist in der Regel nicht mit einer Verpöschung der Bauarbeiten zu rechnen. Es wird darum gebeten, die mit den Erdarbeiten Betrauten entsprechend zu belehren.
Abtragungen / Altstandorte
Innerhalb des Planungsgebietes befinden sich 3 Altstandorte, die in der Altflächendeckelung des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie Wiesbaden erfasst sind. Im Einzelnen handelt es sich dabei um:
Babenhäuser Straße 47 (Weidenbergstraße), mit geringem Gefährdungspotenzial.
Babenhäuser Straße 43 (Waldweg), mit geringem Gefährdungspotenzial.
Babenhäuser Straße 39 (Dorfstraße), mit hohem Gefährdungspotenzial.
Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, dass bei Ausschachtungsarbeiten bisher unbekannte Alttragungen angeschnitten werden. Dabei kann es sich um ausgasende, gesundheitsgefährdende Stoffe handeln. Um eine Gefährdung zu vermeiden und die ordnungsgemäße Beseitigung der Alttragungen zu gewährleisten, sind die Alttragungen nach § 20 HGO unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Archäologische Denkmalpflege oder der unteren Denkmalschutzbehörde zu melden. Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen (§ 20 Abs. 3 HGO). Bei sofortiger Meldung ist in der Regel nicht mit einer Verpöschung der Bauarbeiten zu rechnen. Es wird darum gebeten, die mit den Erdarbeiten Betrauten entsprechend zu belehren.
Abstand der Bäume zu den Leitungen
Bei den Bauplanungen ist ein Mindestabstand gemäß Anforderungen der jeweiligen Leitungsträger zu berücksichtigen. Verordnungsmaßnahmen anzuwenden. Bei Unterschreitung dieses Abstandes sind die Kabel bzw. Leitungen vor schädlichen Wurzelbeeinträchtigungen zu schützen.
Behandlung des Niederschlagswassers
Der auf der Oberfläche anfallende Niederschlagswasser soll in Zisternen gesammelt und als Brauchwasser oder für die Grundstücksbewässerung genutzt werden.
Für die Vermeidung von Niederschlagswasser ist grundsätzlich eine Genehmigung der Unteren Wasserbehörde erforderlich.
Auf die Zisternenanordnung der Stadt Dietzenbach wird hingewiesen.
Betriebswasseranlagen (z.B. Zisternen oder Brunnen) müssen gem. § 13 (3) Trinkwasserverordnung vom 21. Mai 2001 farblos angezeigt werden.
Stellplatzsetzung
Auf die Stellplatzsetzung der Stadt Dietzenbach wird hingewiesen.
Mutterboden
Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie bei wesentlichen anderen Veränderungen der Erdeoberfläche ausgehoben wird, ist gem. § 202 BauGB in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Verwitterung und Verpöschung zu bewahren. Der Mutterboden erfolgt zu Beginn aller Erdarbeiten durch Abschieben und Lagerung gemäß DIN 18915, Blatt 3.
Solarenergienutzung
Die Ausstattung der Gebäude mit Sonnenkollektoren für Warmwassererzeugung und / oder Fotovoltaikanlagen zur Stromerzeugung wird empfohlen.
Schutz der Gebäude vor Grundwasser
Es wird empfohlen, vor Beginn der Baumaßnahmen bei den zuständigen Wasserbehörden (Landrat, Regierungspräsidium) Auskunft über den zu erwartenden Grundwasserstand einzuholen und die Außenwände der eingebundenen Gebäudebereiche bzw. die Kellerwände und Bodenbereiche gegen drückendes Wasser wasserdicht auszubilden.
Die genannten baulichen Vorkehrungen werden auch bei Auftreten von Schichtwasser empfohlen.

VERFAHRENSÜBERSICHT

Aufstellungsbeschluss

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Dietzenbach hat in ihrer Sitzung am 16.12.2004 gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen.

Dietzenbach, den 27.07.2009

Erster Stadtrat

Frühzeitige Beteiligung der Behörden

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie die Festlegung des Untersuchungsrahmens und Abstimmung von Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (Scoping) gem. § 4 Abs. 1 BauGB fand vom 11.09.2007 bis 05.10.2007 statt.

Dietzenbach, den 27.07.2009

Erster Stadtrat

Frühzeitige Beteiligung der Bürger

Die frühzeitige Beteiligung der Bürger gem. § 3 Abs. 1 BauGB fand am 04.09.2007 statt.

Dietzenbach, den 27.07.2009

Erster Stadtrat

Offenlagebeschluss

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Dietzenbach hat in ihrer Sitzung am 22.08.2008 den Entwurf des Bebauungsplanes zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Die Offenlage wurde vom 20.11.2008 bis zum 22.12.2008 durchgeführt.

Dietzenbach, den 27.07.2009

Erster Stadtrat

Satzungsbeschluss

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Dietzenbach hat in ihrer Sitzung am 20.03.2009 den Bebauungsplan "Altstadt - Nördlich der Babenhäuser Straße - Westlicher Teil" gem. § 10 BauGB beschlossen.

Dietzenbach, den 27.07.2009

Erster Stadtrat

Inkrafttreten

Dieser Bebauungsplan ist als Satzung bekanntzumachen.

Dietzenbach, den 27.07.2009

Erster Stadtrat

Rechtskraft

Der Bebauungsplan hat Rechtskraft erlangt am 10.04.2009.

Dietzenbach, den 27.07.2009

Erster Stadtrat

STADT DIETZENBACH

Bebauungsplan mit Grünordnungsplan Nr. 85/1

"Altstadt - Nördlich der Babenhäuser Straße - Westlicher Teil"

Stand Februar 2009

ohne Maßstab

Übersicht: Ausschnitt Gemarkung Dietzenbach

PLANUNGSTEAM

Dr.-Ing. D. Siebert

Telefon: 06151/53000-0

Ullrichstraße 25A

Post: 06151/53000-28

e-mail: info@planungsteam-hrs.de

64200 Darmstadt